

Hintergrund der Nationalitätenfrage in der deutschen Nationalversammlung nach, in der sich am Ende die Befürworter einer Einbindung Österreichs mit deutlicher Mehrheit durchsetzten. In den Revolutionsjahren kam es auch zur grenzüberschreitenden, supranationalen Zusammenarbeit zwischen sächsischen, tschechischen und deutschböhmischem Demokraten. Nach Jana Englová bewirkte sie eine Steigerung der revolutionären Stimmung in Nordböhmen, endete aber letztlich erfolglos, weil die gemeinsamen Vorbereitungen entdeckt wurden. Das Interesse der Großmächte an den revolutionären Ereignissen in Ostmitteleuropa dokumentiert die französische Außenpolitik. Ihr Ziel war die Verhinderung eines großen deutschen Staates in der Mitte Europas, so James Chastain. Aus diesem Grunde strebte Frankreich unter anderem nach einer Beruhigung der Lage in Böhmen, um die Habsburgermonarchie als Gegenpol zu Deutschland zu erhalten. In seinen Ausführungen über das europäische Staatensystem im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen konstatiert Hans Hennig Hahn, daß 1848 eine allgemeine Krise bestand, die den Ausbruch eines Krieges verhindert habe. Die Rolle Rußlands beleuchtet Uwe Liszkowski, und er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Zar nicht nur einen Verlust der russischen Machtstellung, sondern auch eine außenpolitische Isolierung Rußlands fürchtete.

In seiner Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage zieht Rudolf Jaworski den Schluß, daß die Revolution 1848/49 die Fortsetzung der Französischen Revolution gewesen sei. Es sei eine Kettenreaktion revolutionärer Ereignisse auszumachen, die nahelege, daß es „keine revolutionäre Vormacht in Europa“ gegeben habe. Allgemein habe der Wille nach Veränderung und nach Gleichheit der Nationalitäten bestanden. Als „epochal“ stuft der Vf. die Tatsache ein, daß bis auf die Polen die beteiligten Nationalitäten zuvor nicht in Erscheinung getreten seien. Die Erfolglosigkeit sei schließlich nicht auf die Fehler der Protagonisten zurückzuführen, sondern auf die Umstände. Schließlich stellt Otto Urban in seiner Bewertung fest, daß 1848 als eine Etappe des Modernisierungsprozesses zu betrachten sei, die auch als „Vorfrühling der neuzeitlichen (staats-)bürgerlichen Gesellschaften“ bezeichnet werden kann.

Mannheim

Andreas Reich

Rainer Eckert: Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933 bis 1939 im Vergleich. Verlag Peter Lang. Frankfurt/Main, Berlin u. a. 1997. 778 S., zahlr. Tab. i. T. (DM 148,—.)

Vergleichende Regionalstudien – etwa als Weiterentwicklung des Bayern-Projekts unter Martin Broszat – haben die sozialhistorischen Forschungen zum Nationalsozialismus bisher kaum geprägt. Rainer Eckerts Studie gehört mit über 670 Seiten Text und 100 Seiten Apparat nicht nur zu den umfangreicheren, sie ist augenscheinlich auch Ergebnis langjähriger Forschungen zur politischen Sozialgeschichte Deutschlands.

Der Vf. hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensverhältnisse und Wahrnehmungen von Arbeitern in drei preußischen Provinzen, der Rheinprovinz, Pommern und Schlesien, zu beschreiben und miteinander zu vergleichen. Die zentrale Frage lautet: Wie entwickelten und verhielten sich diese in drei wirtschaftlich, sozial, politisch und religiös unterschiedlich strukturierten preußischen Provinzen unter den Bedingungen des Vorkriegs-Nationalsozialismus? Bei der Auswahl der Untersuchungsgebiete spielten für den Vf. Ähnlichkeiten (Verkehrsferne, Grenzlage) sowie die Unterschiede zwischen den Provinzen eine Rolle (industriell geprägte Rheinprovinz – Agrar-Industrieprovinz Schlesien – agrarisches Pommern).

Einem etwa 90 Seiten umfassenden Einleitungsteil folgen zwei inhaltlich einführende Kapitel, die Grundlinien politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in Deutschland von 1933 bis 1939 bzw. in den drei Provinzen bis 1933 behandeln. Daran

schließen sich die drei Teile der Untersuchung an, die einer chronologischen Ordnung folgen: Machtübertragung und Machtausbau, Machtkonsolidierung vs. Stimmungskrise, Kriegsvorbereitung und Vollbeschäftigung. Die Unterscheidung nach Regionen wird auf der Ebene der Unterkapitel vollzogen. Ein rd. 35 Seiten umfassendes Schlußkapitel ist dem regionalen Vergleich der Provinzen gewidmet. Die Studie verfügt über ein kombiniertes Orts- und Personenregister.

Zentrale Quellenbasis sind die edierten wie unpublizierten Lageberichte von Gestaapo, Regierungs- und Oberpräsidenten, die der Vf. durch weiteres Aktenmaterial aus zentralen und regionalen (auch polnischen) Archiven angereichert hat. Mit Polizei- und inneren Verwaltungsberichten gibt die Wahrnehmung durch zentrale und mittlere Instanzen die Perspektive auf das Thema vor. Es bleibt das grundlegende Dilemma, dessen sich der Vf. durchaus bewußt ist, mangels freier Meinungsäußerung kollektive Wahrnehmungen oder Verhaltensweisen allein aus der Perspektive der Herrschenden interpretieren zu müssen. Andererseits bestand der Sinn solcher Lageberichte gerade darin herauszufiltern, wie die Arbeiter tatsächlich dachten, so daß auf zumindest einigermaßen verlässliche Informationen geschlossen werden kann. Eine hohe Zahl von Berichten soll einer Überbewertung von Einzelereignissen und Verzerrungen regionaler Verhältnisse vorbeugen. Der Erkenntnisgewinn liegt in deren systematischer statt ihrer bisher eher selektiven Auswertung.

Mit seiner Analyse von sozialer Lage und öffentlicher Meinung im regionalen Maßstab will E. einen Beitrag dazu leisten, sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte stärker in die Debatte um das Verhalten von Arbeitern unter dem Nationalsozialismus einzubringen. Wie weit reichte die Akzeptanz des Systems bei der Arbeiterschaft oder, anders gewendet, der „[Schein-]Konsens“ der Bevölkerung mit dem Regime? Der Vf. verwirft dabei das von ihm als „postkommunistisch“ bezeichnete Konzept einer dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstehenden „Klasse“. Im Zentrum seiner Betrachtungen steht das komplexe und spannungsreiche Gefüge von Verhaltensweisen und Haltungen im Alltag, zwischen Zustimmung, Arrangement, Gleichgültigkeit und Ablehnung. E. räumt ein, daß von einem einheitlichen Verhalten der Arbeiterschaft in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nicht gesprochen werden könne, gelangt allerdings – abweichend etwa von Daniel J. Goldhagen – zu der Einschätzung, daß eine kritische Haltung der Arbeiter gegenüber dem Regime dominierte. Nicht politischer Widerstand prägte allerdings das Bild; auch in Phasen krisenhafter Zuspitzung überwog ein unangepaßtes Verhalten, das sich aus Alltagsproblemen speiste. Im Vergleich der Provinzen scheinen insbesondere strukturelle Unterschiede wirksam geworden zu sein: Die Akzeptanz des Regimes lag bei den Arbeitern Pommerns angesichts der Auseinandersetzung der NSDAP mit Konservativen bzw. Landesbauernschaft sowie geringerer und schneller reduzierter Arbeitslosigkeit höher als in der Rheinprovinz und in Schlesien, wo die politischen und religiösen Traditionen anders und die Versorgungsschwierigkeiten erheblich größer waren.

Wenn auch im Hinblick auf gleich drei preußische Provinzen kaum von einem mikroanalytischen Ansatz (S. 11) die Rede sein kann, so überzeugt doch der Brückenschlag zwischen Detailbeobachtung und systematischer Fragestellung – in der Selbsteinschätzung des Vfs. wie im Erkenntnisgewinn der Arbeit. Darüber hinaus hat die Studie ihren Erkenntniswert im Sinne einer kritischen Reflexion und Überprüfung totalitarismustheoretischer Konzepte durch einen regionalen Ansatz. Sie weist insofern auch einen Weg für weitergehende System- bzw. Diktaturenvergleiche.

Warschau/Warszawa

Ute Caumanns